

"Erinnerung braucht Orte"

Persönlich, ortsbezogen, nachhaltig: Dass ein Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus diese Kriterien erfüllen soll, darüber herrscht Konsens im Stadtrat. Doch stellt die Verlegung von "Stolpersteinen", die an die letzten Wohnorte Rosenheimer Juden vor ihrer Vertreibung, Flucht oder Deportation erinnern, einen würdevollen Weg dar?



© OVB

Nahmen Stellung zur Erinnerungskultur: (von links) Michael Keneder, Terry Swartzberg, Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, Professor Dr. Edgar Wolfrum, Albert Knoll, Dr. Isabel Leicht, Robert Berberich und Aaron Buck. Foto Schlecker

Darauf gab es auch in der Sondersitzung nach der Anhörung von sechs Experten keine schnelle Antwort.

Rosenheim - "Eine adäquate Erinnerung stellen all jene Formen des Gedenkens dar, die im Sinne einer Aufklärung funktionieren", findet Professor Dr. Edgar Wolfrum. "Vergeben und Vergessen": Von diesem Prinzip der Vergangenheitsbewältigung habe sich die moderne Gesellschaft abgewendet - in der Gewissheit, dass aus der Vergangenheit gelernt werde für die Zukunft, so der Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg.

Die Erinnerung geschieht nach Überzeugung von Albert Knoll, Archivar an der Gedenkstätte Dachau, am besten, wenn individuelle Schicksale von Opfern lebendig werden. "Erinnerung braucht Orte", betonte Knoll auch im Namen von anderen Opfergruppen.

Eine Rosenheimer Initiative sieht in der Verlegung der vom Künstler Gunter Demnig entwickelten Stolpersteine auf den Gehwegen vor Häusern, in denen bis zur Verfolgung Juden wohnten, eine Chance, den Blick auf ihre Schicksale zu schärfen. 54000 Steine liegen bereits in 1300 Kommunen in 20 Ländern, berichtete Terry Swartzberg, Vorsitzender der Initiative "Stolpersteine für München" über das "weltweit größte Gedenkprojekt".

Doch die Stolpersteine sind in der jüdischen Gemeinde umstritten. Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer verlas einen Brief von Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, der diese Form des Gedenkens "mitten unter uns" begrüßt. Im Herzen der Städte würden die Steine mit den Namen der Opfer darauf hinweisen, dass hier einmal jüdisches Leben stattgefunden hat, diese Mitbürger später den Nationalsozialisten zum Opfer fielen.

Aaron Buck als Sprecher der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern bekräftigte im Auftrag der Vorsitzenden Dr. Charlotte Knobloch die ablehnende Haltung seiner Gemeinde. Durch die in den Gehweg eingelassenen Steine würden die Opfer "ein zweites Mal mit Füßen getreten". Dies sei "unwürdig und pietätlos. "Stolpern und Gedenken: Das passt nicht zusammen", findet Buck, der ein "Erinnern auf Augenhöhe" forderte. Es gebe vielfältige andere Möglichkeiten des individuellen und dezentralen Gedenkens. Die Steine seien vor allem eins: bequem.

Sie stellen nach Ansicht von Swartzberg jedoch nur einen Anfang dar - eine Anregung, die zum Nachdenken auffordere. Zur Verfügung gestellte Recherchemöglichkeiten würden eine intensive Beschäftigung ermöglichen, wies er den Vorwurfs Bucks zurück, die Stolpersteine mit den Namen würden die Situation der Opfer nur verkürzt darstellen, also durch Masse statt Qualität überzeugen.

Die Stolpersteine sind, wie die Diskussion zum Erstaunen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Robert Metzger zeigte - im doppelten Sinne Steine des Anstoßes: Sie regen zur Auseinandersetzung mit der Tatsache an, dass Juden und andere Opfer des Nationalsozialismus denunziert, verfolgt, deportiert und ermordet wurden - und sind eine Form des Gedenkens, an der sich Gegner und Befürworter reiben. Wie sehr, zeigte auch die Debatte um die Frage, ob die Angehörigen wirklich immer in die Entscheidung zur Verlegung einbezogen werden, was Swartzberg beteuerte, Buck bestritt. Stadträte wollten auch wissen, ob es zu Schändungen von Steinen kommt. Nur etwa 100 Fälle pro Jahr gebe es, so Swartzberg. Er verwies darauf, dass sich 60000 Paten um die Pflege kümmern würden.

Die Rosenheimer Historikerin Dr. Isabel Leicht, die eine Doktorarbeit zur Erinnerungskultur in Rosenheim geschrieben hat, sieht grundsätzlich in der Debatte um die Form der Gestaltung ein positives Signal. Am Beispiel des Denkmals im städtischen Friedhof, das ursprünglich zum Gedenken an alle Kriegsoffer entwickelt worden war und in dieser Aufgabenstellung "unsichtbar" geworden sei, zeigte sie Erinnerungswege ohne nachhaltige Wirkung auf.

Dies möchte der Stadtrat verhindern. Intensiv soll das Gedenken im öffentlichen Raum wirken - Ansätze für die Zukunft aufzeigen, wie CSU-Fraktionsvorsitzender Herbert Borrmann formulierte. Das durch die Darstellung der Orte der Gewalt, wie von Franz Lukas (Grüne) gefordert, eine ständige Konfrontation im Alltagsleben ausgelöst wird, begrüßte Historiker Wolfrum. Einig waren sich die Fraktionen mit Dr. Beate Burkl von der Freien Wählern/UP, dass es an der Zeit ist, die Verdrängungs- durch eine Erinnerungskultur abzulösen. Buck als Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde plädierte in der vom Historischen Verein sowie vom Arbeitskreis christlicher Kirchen mit vorbereiteten Sitzungen jedoch dafür, eine Form zu finden, welche die Jugend nicht mit einer Diskussion rund um Schuld und Schande belaste.

OVB 14.07.2015